

Bericht von der 53. dbb Jahrestagung in Köln

**Geschäftsstelle
München**

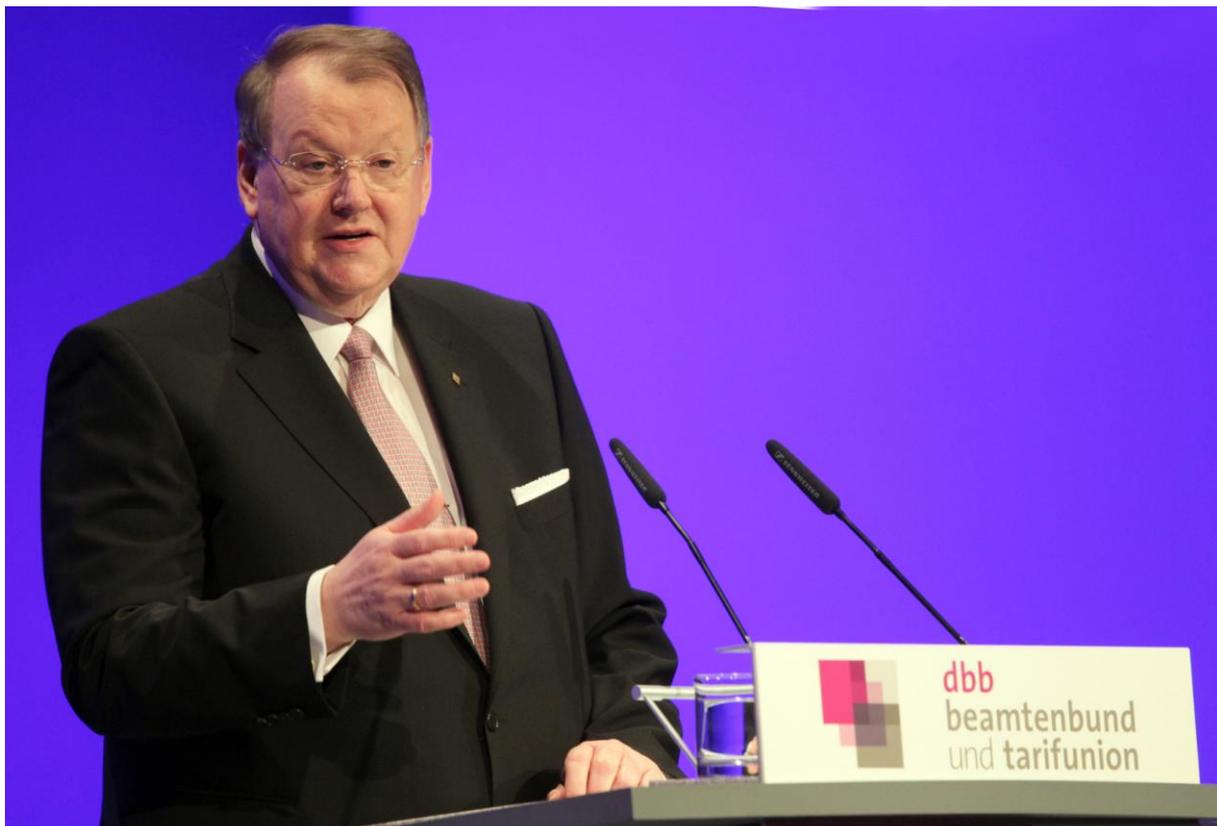
Morassstraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089 4117 4270

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.de
www.vbgr.de

München, 27.1.2012
01/2012

Peter Heesen zur Eröffnung der 53. dbb Jahrestagung dbb Chef fordert Reformen im öffentlichen Dienst



Alle Fotos: Eduard Fiegel

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat am 9. Januar 2012 in Köln umfassende Reformen im öffentlichen Dienst gefordert. Dabei gehe es sowohl um die Entgelte als auch um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, sagte

Heesen in seiner [Eröffnungsrede](#) zur 53. dbb Jahrestagung, die sich mit dem demografischen Wandel beschäftigt. Konkret nannte der dbb Chef höhere Einstiegsgehälter, bessere Aufstiegschancen sowie eine interne

Fachhochschulausbildung, um den Nachwuchs frühzeitig an den Staat zu binden. Zudem sei es erforderlich, dass der teilweise „immer noch vorhandene Muff in Amtsstuben zugunsten eines modernen, für junge Menschen attraktiven Arbeitsumfeldes beseitigt wird“.

Um dem demografischen Wandel zu begegnen forderte Heesen: „Wir müssen vor allem Frauen, Migranten, auch ältere und behinderte Menschen stärker als bisher umwerben, sie in den Arbeitsmarkt integrieren.“ Dazu seien beispielsweise neue Arbeitszeitmodelle und flexible Altersgrenzen, ein wirksameres Gesundheitsmanagement und mehr Fort- und Weiterbildung notwendig. Insbesondere Heimarbeitsplätze, etwa für Frauen, die „wir zukünftig mehr denn je benötigen“, seien wichtig.

Da in den kommenden 10 Jahren „allein aus Altersgründen 19,7 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen“, werde der öffentliche Dienst ohne weitreichende Reformen in seiner Leistungsfähigkeit bedroht, erklärte Heesen. Bereits heute fehle in vielen Bereichen Personal, beispielsweise in der Zollverwaltung und im technischen Dienst der Bundeswehr. Heesen: „Über eine Million Vollstreckungsbescheide liegen auf Halde. Das heißt fast 1,5 Milliarden Euro, die dem Staat zustehen, werden nicht hereingeholt. Und das teure technische Material der Bundeswehr – können wir das mangels Wartung einfach verkommen lassen?“



Heesen stellte klar: „Wir werden die Probleme des demografischen Wandels nicht lösen mit dem Programm des billigen Jakob. Das wäre Kirmes-Niveau: unterhaltsam, aber wertlos.“ Zur Finanzierung müssten „die mit den starken Schultern in besonderer Weise beitragen“, so der

dbb Chef. „Auch das ist gelebte Solidarität. Wir werden diese Diskussion in Deutschland weiter führen, weil wir Lösungen brauchen - Lösungen, die uns auch in dieser Hinsicht zum Vorbild in Europa machen.“

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich **Öffentlicher Dienst: Stärken ausbauen und Aufgaben der Zukunft mit Weitblick gestalten**



Die Erwartungen an den öffentlichen Dienst werden sich in den kommenden Jahren tiefgreifend ändern. Darauf hat Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich auf der Jahrestagung des dbb zum Thema "Demografischer Wandel" am 9.1.2012 hingewiesen. In seiner Rede betonte der Bundesinnenminister, dass der öffentliche Dienst mit seinen Beamten und Tarifbeschäftigten nach wie vor elementarer Bestandteil eines funktionierenden Gemeinwesens ist. Friedrich benannte aber auch die Hürden, die der öffentliche Dienst auf allen staatlichen Ebenen unter den Vorzeichen des demografischen Wandels künftig nehmen muss.

So sei die Einhaltung der Haushaltsdisziplin ebenso unerlässlich wie der flächendeckende Erhalt der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Verwaltungen in Deutschland: "Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch in Zukunft, dass der Staat überall im Land für gute Lebensbedingungen sorgt und sich nicht aus der Fläche zurückzieht". Der demografische Wandel werde auch den öffentlichen Dienst nicht verschonen, so der

Bundesinnenminister. Für die Zukunft sei daher auf allen staatlichen Ebenen zu klären, welche Leistungen die öffentliche Verwaltung an welchen Orten erbringen müsse. Es gäbe Leistungen, die unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung erbracht werden müssten, aber auch Leistungen, die von dieser Entwicklung abhängen. Dies konkret zu ermitteln, sei eine wichtige Aufgabe, um die öffentliche Verwaltung für den demografischen Wandel zukunftsfähig zu machen.

Der Bundesinnenminister machte deutlich, dass die Bundesregierung an ihrem Kurs zur Haushaltskonsolidierung festhält. Klar sei aber auch, dass sich die Stelleneinsparung bei aller Aufgabenkritik nicht beliebig fortführen ließe. Mit Blick auf die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst appellierte er an die Gewerkschaften, in ihren Lohnforderungen auch weiterhin "Maß zu halten". Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften hätten in den letzten Lohnrunden angemessene Ergebnisse gefunden und damit einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland geleistet. Dies müsse auch künftig so sein.

Die Menschen in Deutschland wüssten um die Verlässlichkeit und die Leistungskraft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und vertrauten auf seine Stärke. Das sei aber keineswegs selbstverständlich: Das Vertrauen müsse Tag für Tag gerechtfertigt werden. "Mit der Leistungskraft der Beschäftigten können wir nur dann weiter rechnen, wenn die Konditionen für sie auch stimmen.", betonte der Bundesinnenminister in seiner Rede. Dabei müsse der öffentliche Dienst seine Stärken als attraktiver Arbeitgeber

herausstellen, um auch in Zukunft leistungsstarkes Personal für die Verwaltungen zu gewinnen und zu halten. Dies alles sei nicht allein eine Frage der Bezahlung, sondern eines guten Gesamtangebotes, wozu auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehöre. Die öffentliche Verwaltung biete interessante und herausfordernde Tätigkeiten zu konkurrenzfähigen Konditionen. Der dbb beamtenbund und tarifunion werde bei allen diesen Fragen auch in Zukunft ein wichtiger Ansprechpartner sein.

Merkel über öffentlichen Dienst: „Der Bürger will, dass es klappt“



Bei der 53. dbb Jahrestagung in Köln hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. Januar 2012 die Herausforderungen durch den demographischen Wandel - insbesondere für den öffentlichen Dienst - skizziert. „Wir werden weniger, vielfältiger und im Durchschnitt älter“, so Merkel. In dieser veränderten Lebenswelt würden sich auch „die Erwartungen der Bürger an und die Arbeit im öffentlichen Dienst massiv verändern“.

Der Bürger habe kein Interesse an unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen und er wolle keine Brüche an den Schnittstellen. „Der Bürger will, dass es klappt.“ Der öffentliche Dienst verdiene Dank für seine erfolgreiche Arbeit, müsse sich aber auf Veränderungen einstellen, sagte Merkel weiter.



Die Bundesregierung arbeite derzeit an einer ressort-übergreifenden Strategie, um diesen Wandel zu gestalten. Dazu gehören laut Merkel die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, eine „Kultur des längeren Arbeitens“, solide Finanzen und eine Umstellung der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Europa sei mit dem demographischen Wandel in einer besonderen Situation, die sich sehr von der in anderen Kontinenten unterscheide. „Wir müssen nun der Welt beweisen, dass Europa verlässlich ist“, sagte Merkel. Sie sei daher dankbar dafür, dass auch der dbb das Thema aufgegriffen habe. Sie versprach, dass die Gewerkschaften in die Beratungen über die skizzierte Strategie einbezogen würden. „Veränderungen schaffen wir nur, wenn wir einander vertrauen.“

Podiumsdiskussion auf der 53. dbb Jahrestagung

Vertreter der Bundestagsfraktionen fordern zukunftsfähigen öffentlichen Dienst



Die aktuelle Lage des öffentlichen Dienstes war Gegenstand einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages am 9. Januar 2011 auf der Kölner dbb Jahrestagung. Einig war sich das Podium in der Einschätzung, dass das Berufsbeamtentum nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft haben müsse. Als wichtigen Erfolg des zu Ende gegangenen Jahres werteten die Diskussteilnehmer die Rücknahme der Kürzung bei der Sonderzahlung für Bundesbeamtinnen und –beamte.

Die aktuelle Lage des öffentlichen Dienstes war Gegenstand einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages am 9. Januar 2011 auf der Kölner dbb Jahrestagung. Einig war sich das Podium in der Einschätzung, dass das Berufsbeamtentum nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft haben müsse. Als wichtigen Erfolg des zu Ende gegangenen Jahres werteten die Diskussteilnehmer die Rücknahme der Kürzung bei der Sonderzahlung für Bundesbeamtinnen und –beamte.

Mit immer weniger Beschäftigten könne der öffentliche Dienst nicht immer mehr Leistungen für die Bürger erbringen, stellte Michael Hartmann von der SPD-Fraktion fest: „Kein weiterer Stellenabbau - das Ende der Fahnenstange ist erreicht.“

Auch Konstantin von Notz von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sagte, anhaltende pauschale Kürzungen seien keine Lösung. Stattdessen müsse es zunächst eine konstruktive Aufgabenkritik geben. Die Erfüllung von Pflichtaufgaben des Staates dürfe nicht gefährdet werden. Stefan Ruppert als Vertreter der FDP-Fraktion mahnte, die Vorzüge des Arbeitgebers öffentlicher Dienst stärker herauszustellen, um mehr junge Menschen als qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

Mit Blick auf die kommende Tarifrunde für Bund und Kommunen appellierte von Notz an die Politik, im Interesse der Beschäftigten die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch der CDU-Parlamentarier Armin Schuster bekräftigte, dass es „unseren Wachstumspfad in Deutschland sehr entgegen käme, wenn nach all den Nullrunden jetzt finanziell etwas geleistet würde“. Wichtig sei eine Perspektive bis zum Jahr 2020 anzulegen und die Familienfreundlichkeit weiter zu verbessern: „Der öffentliche Dienst ist heute schon unglaublich attraktiv für Eltern. Es ist nicht sehr aufwändig, diesen Vorsprung weiter auszubauen.“

Der Innenpolitiker der Linkspartei Frank Tempel erinnerte im Zuge der Einkommensfrage an die Fürsorgepflicht des Dienstherrn: „Wenn die Tarifergebnisse wie in den vergangenen Jahren immer wieder unterhalb der Inflationsrate liegen, ist das eine sehr ungesunde Entwicklung und damit unerträglich.“

Weise: Chancen des demographischen Wandels nutzen

Die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt - 2030 werden in der Bunderepublik voraussichtlich schätzungsweise 5 Millionen Arbeitskräfte fehlen - bieten nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, auch Chancen für die Einleitung neuer gesellschaftspolitischer Entwicklungen.

Bei der dbb Jahrestagung 2012 in Köln nannte Weise in diesem Zusammenhang konkret eine gezielte Zuwanderungspolitik, verstärkte Frauenförderung, kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitnehmer, vermehrte Anstrengungen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Freizeit mit dem Beruf sowie flexiblere und humanere Arbeitsbedingungen, die ein längeres Erwerbsleben ohne Beeinträchtigung von Gesundheit, Motivation und Leistungsfähigkeit erlauben.

Für den öffentlichen Dienst forderte Weise zusätzlich mehr strukturelle Flexibilität, u.a. durch Abschaffung der starren Laufbahnschranken, durch vermehrten personellen Austausch zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst sowie „weniger Stellenplänen zugunsten von mehr Budgets“.

Weise lud den dbb zu einem fachlichen Informationsaustausch über die künftigen Megatrends auf dem Arbeitsmarkt ein. Die Politik, so der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur, solle auf diese Weise frühzeitig durch die Träger des Fachwissens auf die Folgewirkungen ihrer Entscheidungen hingewiesen werden.

Vom dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen wurde der Vorschlag Weises spontan unterstützt. Konkret schlug Heesen eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen vor.



**Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik zum demographischen Wandel:
Koordiniertes Vorgehen erforderlich**



Bei der 53. dbb Jahrestagung in Köln haben Vertreter von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften am 10. Januar 2012 Möglichkeiten erörtert, wie den Folgen des demographischen Wandels begegnet werden kann. Bei einer Podiumsdiskussion unterstrichen der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Otto Kentzler, und der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Bedeutung eines gemeinsamen, koordinierten Vorgehens.

Wolfgang Bosbach sagte im Hinblick auf die veränderten Lebensarbeitszeiten: „Die Rente mit 67 ist unpopulär, aber fair. Noch unpopulärer ist eine Erhöhung der Rentenbeiträge oder – und das erscheint mir völlig indiskutabel – die Absenkung des Rentenniveaus. Die Rente ist schließlich kein Almosen, sondern etwas, das man sich durch Beitragsleistungen für das Alter erarbeitet hat.“

Otto Kentzler sagte, man müsse „Unternehmen dazu motivieren, Arbeitsplätze für ältere Menschen zu schaffen“. Des Weiteren sei es eine zentrale Aufgabe aller Beteiligten, insbesondere junge Frauen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. „Wir sind da auch auf einem guten Weg“, so der Handwerkspräsident. Eine verbindliche Frauenquote lehnte er jedoch ab.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte, insbesondere mit Blick auf den öffentlichen Dienst: „Die größte Herausforderung wird sein, ältere Beschäftigte möglichst lange und motiviert in Arbeit zu halten. Zugleich verdienen die Auszubildenden, die sich für den öffentlichen Dienst entschieden haben – und somit für eine Tätigkeit im Gemeinwesen – endlich wieder verlässliche Perspektiven.“ Dafür müsse man bereit sein, auch finanziell in die Zukunft zu investieren.

Weitere Einzelheiten finden Sie auf: <http://www.dbb.de/events.html>